



Antrag auf Übernahme der Unterkunftskosten während der Haft nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch für Inhaftierte

I. Persönliche Verhältnisse

Nachname	
Geburtsname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort (Ort, Land)	
Staatsangehörigkeit	
Letzte Wohnadresse	
Ort der Festnahme	

II. Familienverhältnisse

Im Haushalt leben folgende weitere Personen:

	Person 1	Person 2	Person 3
Nachname			
Vorname			
Geburtsdatum			
Stellung zum Antragsteller			
Einkommen			
Art des Einkommens			

III. Angaben zur Wohnung

☐ Mietwohnung ☐ mietfrei ☐ Wohneigentum ☐ Untermiete ☐ WG

Wohnadresse (Straße, Ort)	
Wohnfläche	
Grundmiete	€
Nebenkosten	€
Heizkosten	€
Mietbeginn	
Vermieter (Name und Anschrift, IBAN)	
Bestehen Mietschulden?	☐ Ja ☐ Nein
Höhe der Mietschulden	€
Kündigung erfolgt?	☐ Ja ☐ Nein
Liegt Räumungsklage vor?	☐ Ja ☐ Nein
Wird Mietzuschuss bezogen?	☐ Ja ☐ Nein
Höhe des Mietzuschusses	€

IV. Einkommensverhältnisse

Vor der Inhaftierung wurde der Lebensunterhalt aus folgendem Einkommen bestritten:

☐ Erwerbseinkommen	€
☐ Leistungen nach dem SGB II (Jobcenter)	€
☐ Leistungen der Agentur für Arbeit	€
☐ Renteneinkünfte	€
☐ Sonstiges Einkommen	€
☐ Keine Einkünfte	

V. Vermögen

Ist ein KFZ vorhanden?

☐ Ja

☐ Nein

Marke	
Typ	
Baujahr	
Kilometerstand	
Wert	
Halter	

Weiteres Vermögen:

Vermögensart	Vermögenshöhe

VI. Krankenversicherung

Besteht eine Krankenversicherung?

☐ Ja

☐ Nein

Krankenkasse	
Art der Versicherung	☐ pflicht ☐ familien ☐ freiwillig versichert
Versicherungsnummer	

V. Unterhaltsverpflichtete (Eltern, Kinder)

Nachname		
Vorname		
Anschrift		
Stellung um Antragsteller		
Beruf		

Hinweise:

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen (§ 60 Abs. 1 Nr. 1 Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I).

Ich versichere, dass ich derzeit keinerlei Geldleistungen/Taschengeld von Angehörigen, Freunden oder Bekannten erhalte.

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig und wahr sind. Es ist mir bekannt, dass Ich wegen unvollständiger oder unwahrer Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch -StGB) und zu Unrecht erhaltene Leistungen erstatten muss.

Ich bin verpflichtet, unverzüglich und unaufgefordert Änderungen in den Verhältnissen mitzuteilen, die für die Leistung erheblich sind, insbesondere in den Einkommens-, Vermögens-, Familien- und Aufenthaltsverhältnissen (Verlegung, Wohnungswechsel, vorübergehende Abwesenheit z.B. Krankenhausaufenthalte), auch die von Haushaltsangehörigen (§ 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I). Über die Folgen fehlender Mitwirkung bin ich belehrt worden (§ 66 SGB I).

Ich bin damit einverstanden, dass dem Sozialdienst der Justizvollzugsanstalt sämtliche Schreiben des Leistungsträgers in Abdruck zugesandt werden.

Ich bin damit einverstanden, dass die Justizvollzugsanstalt zu Unrecht erhaltene Leistungen (Überzahlungen) bei Bekanntwerden unverzüglich an den zuständigen Leistungsträger zurückerstatten darf.

.....(Ort), den(Datum)

Unterschrift Antragsteller/in